

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 26. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 14. Februar 2007  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Roman Meury  
Heinz Giger  
Robert Vogt  
Arnold Julier

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:  
Entschuldigt: Saskia Schärer  
Rolf Adam  
Mario Bernasconi  
Jürg Gass  
Catherine Hosang  
Thomas Pfaff  
Ursula Pozivil-Pfister  
Peter Von Arx

Abwesend:

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 14.12.2006  
betr. „Endaufenthalt der Buslinie 61“ Geschäft 3699
2. Postulat von Claude Rothen und Barbara Selinger,  
beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend

- |   |               |
|---|---------------|
| „Einführung geeigneter Massnahmen zur Eindämmung des Parkplatzsuchverkehrs“   | Geschäft 3691 |
| 3. Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 14.12.2006 betr. „Fehlender Fussgängerstreifen beim Kreisel Binningerstrasse“   | Geschäft 3695 |
| 4. Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 14.12.2006 betr. „Erstellung einer mittel-, langfristigen, „gestuften“ Planung für die Feuerwehr in Allschwil                     | Geschäft 3698 |
| 5. Postulat der FDP-Fraktion vom 17.01.2007 betreffend „Trinkwasserqualität“  | Geschäft 3707 |
| 6. Interpellation von Dr. Ivo Corvini und Felix Keller, beide CVP-Fraktion, vom 13.09.2006, betr. „Einbezug von Allschwil in das Organisations- und Sicherheitskonzept während der „euro08“ | Geschäft 3690 |
| 7. Interpellation von Claude Rothen und Andreas Bammatter, beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend „Unterhalt und Pflege der Wegmatten“  | Geschäft 3693 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
  - Fragestunde
- 

### **Der Protokollführer**

Andreas Weis

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 26 vom 14.02.2007**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Christoph Morat**, Präsident, begrüsst die Anwesenden.

Er gratuliert zuerst allen gewählten Landräten, die ein gutes Resultat gemacht hätten. Er hoffe, dass sie sich weiterhin für Allschwil und die Belange der Gemeinde in Liestal einsetzen. Er dankt ihnen im Voraus für ihren Einsatz und auch den anderen Kandidaten, die sich zur Verfügung gestellt haben und vielleicht ein anderes Mal gewählt würden.

**Christoph Morat** merkt an, dass der neue Sitzungsplan aufliege. An der letzten Bürositzung wurden die Daten vom Dezember verschoben. Offenbar bestehe kein Bedürfnis, in der letzten Woche noch mal eine Sitzung abzuhalten. Die Daten wurden auf den Dienstag und Donnerstag in der gleichen Woche verschoben, so dass die Landräte nun drei Mal in der Woche an einer Sitzung teilnehmen müssen: zwei Einwohnerratssitzungen und eine Landratssitzung.

## **Traktandenliste**

Keine Änderungen.

## **Neue parlamentarische Vorstösse**

**Dringliche Motion** von **Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, betreffend „Hochwasserschutzmassnahmen am Bachgraben“. (Geschäft 3708)

**Lucius Cueni** begründet die Dringlichkeit wie folgt: Da die geplanten massiven Eingriffe bereits im März vorgesehen sind, sollte schon heute darüber beschlossen werden.

**::: Der Dringlichkeit der Motion wird mit 23:1 Stimmen zugestimmt.**

**Robert Vogt**, Departementvorsteher Tiefbau/Umwelt, merkt an, dass er sehr froh wäre dieses dringliche Geschäft möglichst heute noch zu behandeln.

**Christoph Morat** teilt mit, dass das Geschäft nach der Pause behandelt werde.

**Dringliche Motion** von **Felix Keller**, CVP-Fraktion, betreffend „Retentionsbecken Lützelbach“ (Geschäft 3709)

**Felix Keller** begründet die Dringlichkeit wie folgt: Er zitiert: „Den Damm beim Lützelbach nicht bauen und das Wasser kontrolliert durch die Strassen von Allschwil lenken“. Dieser Satz werfe Fragen auf, er glaube, der Gemeinderat halte die Antworten sicher schon bereit, so dass man der Dringlichkeit sicher zustimmen könne.

**::: Der Dringlichkeit der Interpellation wird mit 25:0 Stimmen zugestimmt.**

**Dringliches Postulat** von **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, betreffend „Haltestelle / Endaufenthalt Buslinie 61 Dorfplatz“.

**Hanspeter Frey** begründet die Dringlichkeit wie folgt: Dringlichkeit ist gegeben, da später in der Sitzung eine Motion zum gleichen Thema behandelt werde. Man sei der Meinung, eine Lösung zu finden müssen; wenn auch nur für zwei, drei oder vier Jahre.

**Die Dringlichkeit des Postulats wird mit 19:10 Stimmen abgelehnt.**

## **Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder**

---

Mit Schreiben vom 14.02.2007 hat Einwohnerrat Mario Bernasconi seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben.

240      12.600      Öffentlicher Verkehr  
          12.620      Bus

---

**1. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 14.12.2006  
betr. „Endaufenthalt der Buslinie 61“      Geschäft 3699**

---

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, führt aus, dass er erstaunt gewesen wäre, als ein anderer Einwohnerrat zu ihm gekommen sei und ihn fragte, ob er Schützenhilfe bekommen habe, da ein dringliches Postulat zum selben Thema eingereicht worden sei. Er begreife nicht warum von Hanspeter Frey noch ein dringliches Postulat dazu eingereicht wurde.

Der 61-Linienbus sei 12 Meter lang, 2.5 Meter breit und ist etwa 12 Tonnen schwer. Da der 61er Bus nun eine Runde ums Dorf dreht, benötige er an der Klarastrasse etwa 3 Parkplätze, die Anwohner hätten jetzt schon nicht viele Parkmöglichkeiten. Die vielen schweren Fahrzeuge, die nach Schönenbuch fahren, erzeugen schon genug Erschütterungen, da brauche es nicht noch einen Bus. Mit der vorliegenden Motion wolle er folgendes: Dieser Bus müsse nicht an einer Seitenstrasse anhalten, er könne ganz normal beim Dorfbrunnen halten. Es mache gar keinen Sinn, dass anstelle des 33er der 61er Bus vor dem Café Gürtler halte, weil dadurch lediglich die Anzahl der haltenden Busse verringert werde. Alles andere bliebe gleich: die wartenden Personen vor dem Eingang und die Sauerei, welche hinterlassen wird. Der 61er kann beim Dorfbrunnen halten, anschliessend zur Haltestelle „Binningerstrasse“ fahren und bis zur offiziellen Abfahrtszeit dort stehen bleiben. Diese Variante beinhaltet die Möglichkeit, dass man einen Anschluss an die Traminie 6 erhält, was ursprünglich auch die Grundidee des Landrates war. Platz hinter dem 61er Bus sei noch genug vorhanden, so dass die Linie 33 problemlos dahinter halten und anschliessend, den 61er überholend, wegfahren könne. Auch hätten die Personen von Schönenbuch dadurch die Möglichkeit, einfach in den 61er Bus umzusteigen. Es erstaune ihn sowieso, wenn er sehe, was sich tagtäglich abspiele. Die Personen springen aus dem 33er und rennen quer über die Strasse damit sie den 61er Bus erwischen. Anstatt dass sie an der Binningerstrasse umsteigen würden. Es stelle sich nun die Frage, ob es möglich wäre, dass die Linie 61, wie die Linie 33, beim Dorfbrunnen halten könne. Er habe den gesamten Fahrplan kontrolliert und sei sicher, dass dies kein Problem sei. Am Sonntag gäbe es jedoch Zeiten, an welchen die Buslinien gleichzeitig die Haltestelle benutzen würden. Da gäbe es die Möglichkeit, die Haltestelle der Linie 38 zu nutzen, da diese Linie am Sonntag nicht fahre. Er habe mit einigen Arbeitskollegen gesprochen und alle hätten dieser Lösung zugestimmt. Mit diesem minimalen Aufwand könne man also dieses „Bus-Problem“ bereinigen.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, dankt Josua Studer für seine Ausführungen. Der erste Abschnitt seiner Frage betreffend der Markierung an der Bushaltestelle „Klarastrasse“ könne er folgendermassen beantworten: Diese Markierung habe früher zu weit auf die Strasse gereicht. Daraufhin habe man die Markierung, zulasten der Markierungsfirma, umgezeichnet. Damit sei die Sache erledigt.

Den Endaufenthalt der Linie 61 betreffend, müsse er sagen, dass Allschwil nicht für Bushaltestellen zuständig sei, sondern der Kanton. In Allschwil hätte man lediglich ein Mitspracherecht, auf welches man natürlich sehr stolz sei, da man nur selbst die Lage beurteilen könne. Da der Landrat beschlossen habe, diese Buslinie 61 probeweise bis ins Dorf zu ziehen, sei man verpflichtet, dass der Bus im Dorf halte. Somit könne man den Endaufenthalt nicht in die Binningerstrasse verlegen, sondern er müsse im Dorf bleiben. Seiner Meinung nach wäre es unmöglich, diese Linie an dieselbe Bushaltestelle wie die Linie 33 zu führen, denn wenn es Verspätungen gebe, würde das zu Friktionen führen. Man könne es nicht darauf ankommen lassen, dass Busse hintereinander auf der Baslerstrasse stehen, dies wäre untragbar. Zudem seien mehrere Möglichkeiten im Vorfeld geprüft worden und er möchte auch anmerken, dass dieser Wechsel bzw. der Tausch der Linie 33 und 61 Verbesserungen gebracht

haben. Es würden jetzt viel weniger Fahrgäste vor dem Café Gürtler warten. Dort hätte man eine Erleichterung erzielt, denn viele Fahrgäste würden jetzt auf dem Dorfplatz warten, da die Linie 33 in Richtung Wanderstrasse stärker frequentiert werde. Aus diesen Gründen gehe man davon aus, dass diese Linie gemäss Landrat durch das Dorf führen muss und man wolle dem nicht entgegenreten. Man solle nun den Zwischenhalt als Provisorium an der Klarastrasse hinnehmen. Das sei der Vorschlag der Gemeinde, als Kompromiss, gewesen. Dies hat der Kanton entsprechend aufgenommen. Denn grundsätzlich ist der Kanton verantwortlich. Ausserdem dürfe man sich nicht einmischen. Wenn Allschwil schon zwei Buslinien im Dorfplatz wolle, dann könne man der BLT und der BVB nicht zumuten, eine Haltestelle zu teilen. Darum erachte er es als sehr sinnvoll, die Schlaufe an der Klarastrasse hinzunehmen, es handle sich schliesslich um ein Provisorium. Er empfehle, diese Motion als erfüllt abzuschreiben, da es keine anderen Möglichkeiten gebe.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Er höre immer wieder, es sei nicht möglich, dass die BLT und die BVB miteinander kommunizieren und es sei nicht durchführbar, eine Situation an einen Beschluss des Landrates anzupassen. Er könne das nicht nachvollziehen, seit 16 Jahren sei er bei der BVB. Und es sei nicht so, dass nachher keine Anschlussmöglichkeit da sei. Während der Fasnacht werde der Endaufenthalt ja auch problemlos verschoben. Es komme ihm so vor, als wolle man andere Ideen gar nicht erst aufgreifen. Zur Idee der FDP: man möge sich vielleicht daran erinnern, als man darüber diskutiert habe, den 33er Bus überhaupt nach Allschwil fahren zu lassen, hiess es schon, dass man ein Problem mit den Plätzen im Dorf habe. Damals habe er gesagt, man könne hinter der Haltestelle der Linie 38, vor dem Restaurant „Jägerstübli“ noch eine Haltestelle einrichten. Er sei nicht dafür, dass man diese Motion einfach so abschreibe, er würde gerne die Meinungen der anderen Einwohnerräte dazu hören.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt den Gemeinderat an, ob der Gemeinderat die Motion entgegen nehmen und abschreiben oder ob er die Motion ablehnen würde. Das würde Einfluss auf die anschliessende Diskussion nehmen.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, ist dafür, die Motion abzulehnen und nicht darauf einzutreten, da es keinen Handlungsspielraum gebe.

**Christoph Morat**, Präsident, verfährt nun nach der ordentlichen Rednerliste.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, begrüsst die Anwesenden. Es sei nicht so, dass man die Idee klauen wolle, wie Josua Studer angedeutet habe. Er habe immer wieder festgestellt, dass, wenn man aus dem Bus aussteige, es ein paar Minuten dauern könne bis man bemerkt, dass der Anschluss ein paar Meter weiter wäre. Bis man das jedoch bemerke, habe man mindestens einen Bus verpasst. Man möchte darum die Motion der SVP nicht überweisen, da der Verkehrsknotenpunkt auseinander gerissen werde, wenn an der Binneringerstrasse eine Haltestelle sei. Er wolle gar nicht über eventuelle Verlegungsmöglichkeiten diskutieren. Er verstehe nicht, warum man nicht dem Vorschlag von Hanspeter Frey mehr Beachtung schenke. Es gebe noch einen Platz am Dorfplatz, wo man einen Bus platzieren könne, man müsse jedoch am Dorfplatz Nr. 11 vor dem Restaurant „Jägerstübli“ das Trottoir umgestalten. Das Trottoir sei an dieser Stelle sehr breit und man könne es ein wenig verschmälern und damit am Dorfplatz einen vernünftigen Endaufenthalt für drei Linien schaffen. Somit könne die Motion nicht unterstützt und nicht überwiesen werden.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, muss der SVP-Fraktion Recht geben, da die bestehende Lösung keine Dauerlösung sein könne und man etwas daran ändern müsse. Robert Vogt habe auch gesagt, es sei nur ein Provisorium. Die Gründe seien zum einen, dass die Verkehrssicherheit nicht gegeben sei und zum anderen die Unsicherheit, ob sich an der Klarastrasse wirklich eine Station befindet. Viele Personen möchten an der Klarastrasse einsteigen. Die BLT lasse es intern zu, dass man dort einsteigen könne, obwohl es keine offizielle Haltestelle sei. Diese Situation sei natürlich unbefriedigend. Es ist also sicher nötig, dass man nach einer alternativen Lösung suche. Wenn man möchte, dass der 61er bis zum

Dorfplatz fahre, dann würde auch die CVP die Lösung der FDP vorziehen, dass eine Haltestelle am Dorfplatz sein könne. Der Dorfplatz sei ein Knotenpunkt, wo viele Personen umsteigen würden. Die Lösung der SVP sei möglich, wie von der BLT bestätigt, aber nicht optimal, da an der Binningerstrasse nicht so viele Personen zusteigen und aussteigen würden wie am Dorfplatz. Er glaube, man müsse sich überlegen, ob die Linie 61 weiterhin bis zum Dorfplatz fahren solle. Die gegenwärtige Situation zeige, dass die ganze Binningerstrasse, also von der Baslerstrasse bis zur Spitzwaldstrasse / Höhe Migros Paradies, parallel gefahren werde. Dies sei natürlich absoluter Luxus. Seiner Meinung nach brauche es diese parallele Linie nicht. Man könne sich überlegen, ob die Linie 61 nicht nur bis zum Kreisel fahren und dort umdrehen solle. Der Fahrplan müsse dann einfach so abgestimmt werden, damit man sinnvoll umsteigen könne. Wenn man möchte, dass der Bus bis zum Dorfplatz fahre, dann sollte man eine Umsteigemöglichkeit am Dorfplatz haben. Zur Situation Klarastrasse, finde er es schade, dass man beide Geschäfte nicht zusammen behandle, da es sich um eine ähnliche Angelegenheit handle. Bei der Lösung der FDP müssten ja bestimmte bauliche Massnahmen getroffen werden, und man solle sich überlegen, wenn die Linie 61 später nur bis zum Kreisel fahren sollte, habe man die baulichen Massnahmen umsonst getroffen. Das seien Themen, die so bald als möglich vom Gemeinderat geprüft werden müssen, ebenso, wie viel die Linie 61 überhaupt genutzt werde. Es dauere ja nicht mehr lange, bis der Leistungsauftrag diskutiert werde und man müsse sich diese Frage schon sehr gut überlegen. Die CVP-Fraktion sei darum auch für die Ablehnung dieser Motion. Bei einem Postulat hätte man überlegen können, ob es nicht andere Lösungen gebe. Aber eine Motion bedeute ja, dass dieser Weg eingeschlagen werden solle, somit könne die CVP nicht zustimmen.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, führt aus, dass die Anwohner im Dorf ja schon immer über den Umschlag an den Bushaltestellen und Ansammlung der Personen geklagt hätten. Es habe ihn jedoch befremdet, als Guido Beretta sagte, den Verkehrsknotenpunkt in Allschwil dürfe man nicht auseinander reissen. Er denke, diese Motion von Josua Studer sei sehr gut, da es in der Binningerstrasse vor dem Restaurant „Switch“ wirklich kein Problem sei, wenn zwei Busse hintereinander stehen würden. Aber er habe das Gefühl, dass nur das, was von der FDP oder der CVP komme, in Allschwil gelte. Das störe ihn natürlich ungemein. Aus diesem Grund sei das Ziel dieser Motion die vernünftigste Variante. Durch das Anliegen von Hanspeter Frey entstehe noch mehr Durcheinander im Dorfplatz bzw. vor dem Restaurant „Jägerstübli“. Ausserdem müssten dabei noch bauliche Änderungen durchgeführt werden, an dem wieder jemand verdienen werde bzw. die Baulobby dadurch zum Zug komme. Darum unterstütze die SD-Fraktion diese Motion.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, nimmt zur Motion Stellung. Der Öffentliche Verkehr sei für die SP etwas sehr zentrales und man werde alle Bestrebungen zur Stärkung, Ausbau und Förderung des ÖV fördern und unterstützen. Auch die Anliegen der Einwohner, dass Besucherparkplätze fehlen, seien klar. Jeder wisse, dass die Gemeinde massgebliche Beiträge an den ÖV leiste und dass die Verteilung dieser Gelder, die Linienführung und der Service nicht bei der Gemeinde, sondern beim Kanton liege. Man könne darum nur eines machen: den Gemeinderat und alle Interessierten unterstützen, so dass man vom investierten Geld auch etwas zurückbekomme, damit die Visionen ermöglicht werden können. Die Landräte müssen sich darum auch anstrengen. Die SP/EVP-Fraktion habe beschlossen, diese Motion nicht zu überweisen, da das Problem nicht in Allschwil liege, sondern beim Kanton. Die Ungereimtheiten zwischen der BLT und der BVB -Station seien ihm aufgefallen, aber diese Station gehöre der Gemeinde Allschwil. Zum zweiten habe es ihn sehr überrascht, dass Josua Studer denke, dass Personen, die den Bus benutzen, nicht wissen, wo sie umsteigen sollen. Die SVP solle doch einen Parteienbeitrag leisten, nach dem Motto „Der kluge Busfahrer“. Dann wäre allen geholfen.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, möchte kurz zu Ivo Corvini etwas sagen. Ivo Corvini habe ja gesagt, wenn es ein Postulat wäre und keine Motion hätte man es sich überlegen können. Der Grund für die Motion sei folgende: Der Gemeinderat habe Abklärungen getroffen und gesagt, dies sei nun die einzige mögliche Lösung. Der Gemeinderat habe gesagt, die Lösung Binningerstrasse sei möglich aber nicht optimal, das wisse er jedoch auch. Aber die Lösung, die

Haltestelle vor das Restaurant „Jägerstübli“ zu legen, sei unmöglich, da sich dort ein Taxistandplatz befinde und man ausserdem ein Gartenrestaurant betreibe. Also bliebe nur noch eine Lösungsvariante übrig. Es sei nicht so, dass man die Idee der FDP nicht tragen würde, jedoch verstehe er nicht, dass man ein dringliches Postulat einreiche. Man könnte dies schlicht als Vorstoss ohne Dringlichkeit einreichen.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, möchte noch ein paar Details ergänzen. Die Variante, die Bushaltestelle vor das Restaurant „Jägerstübli“ zu legen, sei natürlich auch untersucht worden. Auch wenn man zu einem späteren Zeitpunkt mit dem Vorstoss von Hanspeter Frey mehr Gelegenheit bekomme, könne man jetzt schon sagen, dass es sehr viele Nachteile geben werde. Es würden Parkplätze wegfallen, der Bus halte vor einer Gartenwirtschaft und ausserdem würden bauliche Massnahmen nötig, die wiederum Kosten verursachen. Auf dieser Seite würden zwei Busse stehen, dies sehe auch nicht schön aus. Man müsste bei dieser Variante mit Einsprachen von Einwohnern rechnen. Er warne davor die Bushaltestelle oft zu verschieben. Er denke, die momentane Lösung sei sehr befriedigend, auch wenn sie provisorischer Natur sei.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, möchte zum Votum von Bruno Steiger etwas sagen. Man sei sich einig, dass man momentan zu viel Busse habe. Wenn man jetzt diese Motion unterstütze habe man genau gleich viele Busse auf dem Dorfplatz und mit dieser Motion ist das Problem nicht gelöst. Darum denke er, dass das Problem nur gelöst werden könne, wenn die Linie 61 nicht mehr bis an den Dorfplatz fahre. Er möchte den Gemeinderat ermuntern, sich dafür einzusetzen, bzw. ernsthaft zu prüfen, ob man die Linie 61 verkürzen könne. Auch mit einem positiven Nebeneffekt, denn damit könne man ein paar tausend Franken sparen. Provisorisch sei nicht die Linie 61, sondern die Linie 33. Man könne nicht davon ausgehen, dass das einfach so zur Diskussion komme. Also müsse man aktiv werden, wenn dort eine Änderung erfolgen solle.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, möchte zur Ehrrettung des Gemeinderates noch kurz etwas sagen. Der Gemeinderat wollte die Linie 61 nie im Dorf, sondern wollte eine Verkürzung und hätte den Bus somit beim Kreisel Binningerstrasse / Fabrikstrasse umkehren lassen. Man war sich bewusst, wie schwierig es werden würde, neben der bestehenden Tram- und Buslinie, noch einen Bus bis zum Dorfplatz fahren zu lassen. Am Schluss war es der Landrat, der beschlossen habe, den Bus bis zum Dorfplatz fahren zu lassen und seither gäbe es diese Probleme. Der Gemeinderat habe sich für eine andere Lösung eingesetzt und bade nun aus, was ihm andere eingebrockt haben. Die momentane Lösung sei ein Provisorium, da man schnell habe entscheiden müssen. Der Landrat hat im November beschlossen und bereits im Dezember fand der Fahrplanwechsel statt. Der Grundsatz dieses Provisoriums war, dass es keine Baubewilligung brauche, weil sonst eine formelle Einsprache möglich gewesen wäre. Wenn man vor dem Restaurant „Jägerstübli“ etwas realisieren wolle, brauche es eine Baubewilligung und damit gebe es die Möglichkeit einer formellen Einsprache, die dann kaum bis zum nächsten Fahrplanwechsel definitiv erledigt werde.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, wolle dieses Thema nicht verlängern. Er sei als „böse Bueb“ im Landrat aufgetreten und habe aber komischerweise die Unterstützung der anderen sechs aus dem Wahlkreis erhalten. Über diese Buslinie wurde im Landrat sehr klar entschieden. Man wollte von Allschwil eine Tangentialverbindung des öffentlichen Verkehrs ins Birsig-/Leimental realisieren. Der Gemeinderat war mit dieser Entscheidung vom ersten Tag an nicht glücklich. Doch diese Linie 61 sei, wenn man wolle, eine Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Verkehr. Alle jammern wegen den Doppellinien. An die Schifflande würden die Linie 33 und 38 fahren, ausserdem noch die Tramlinie 6. Man hat also Endstationen und Parallelstrecken in der Stadt. Aber das Umsteigen bei der Ziegelei ist unattraktiv, wenn man von Richtung Allschwil komme und ins Birsigtal möchte. Ivo Corvini habe es schon gesagt, im Probetrieb ist die Linie 33 und nicht der 61er. Es sei nicht so, dass diese Idee zur Haltestelle neu wäre, doch habe er den Widerstand der Behörden bemerkt. Wenn schon keine guten Verkehrsbedingungen bestehen, solle man doch wenigstens attraktive Linien des öffentlichen Verkehrs haben. Er könne dieser Motion nichts abgewinnen. Er erachte sie ausserdem als kundenunfreundlich,

wenn man eine Querschlaufe machen und dann vor dem „Switch“ an der Binningerstrasse warten müsse. Die BVB habe mitgeteilt, dass man nicht die vorherige Station beibehalten könne, da sie zu kurz sei. Diese sei jedoch gleich lang, wie die Station beim „Switch“. In diesem Sinne sei er nie für diese Motion gewesen, mit seinem Postulat habe man also die Möglichkeit vorwärts zu machen, um etwas zu erreichen. Wenn die Linie 61 nicht mehr bis zum Dorfplatz fahren solle, dann zumindest bis zum Weiherweg / Endstation Tram Nr. 8. Denn der Jumbo brauche nicht zwei Verbindungen. Es sei also kein falsch investiertes Geld, denn man könnte die Traminseln auf die erforderliche Breite bringen.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, merkt an, dass seinerzeit alle Landräte der Linienführung zugestimmt hätten. Es wäre sinnvoll, dass man von Oberwil und Binningen direkt Allschwil Dorf anfährt. Er denke, die Verbindung Allschwil-Leimental mache Sinn, denn sehr viele Schüler würden den Bus am Morgen in Anspruch nehmen und er wolle nicht, dass der Bus bei der Fabrikstrasse umkehre.

**://: Die Motion wird mit 13:7 Stimmen abgelehnt.**

241      12.130      Strassen; Bewilligungen/Konzessionen

**2. Postulat von Claude Rothen und Barbara Selinger,  
beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend „Einführung  
geeigneter Massnahmen zur Eindämmung des  
Parkplatzsuchverkehrs“      Geschäft 3691**

---

**Claude Rothen**, SP/EVP-Fraktion, möchte zum Einstieg einen kleinen Vergleich mit seinem Beruf machen. Gesunde Blutgefässe sind frei, wenn diese verstopft werden liegt der Grund beim Cholesterin und Zucker. Das Risiko eines Herzinfarktes steigt dadurch beträchtlich. Ganz ähnlich verhalte es sich mit den Strassen unserer Gemeinde, diese müssten frei sein und bleiben, sonst gebe es einen Kollaps. Aus der Basler Zeitung: Allschwil erwarte, alleine wegen der Weiterentwicklung des i-parcs, 500-800 Arbeitsplätze und entsprechend viele Autos. Zitat des Gemeindepräsidenten: „Der Verkehr macht das Dorf kaputt.“ Und von Hanspeter Frey: „Stadtnahe Gemeinden wie Allschwil, Binningen und Bottmingen müssen entlastet werden.“ Es sei üblich, dass die Strassen der Stadt als Gratis-Parkplätze gebraucht werden. Die Strassen von Allschwil würden verstopft, dies sei die Realität. Zurzeit habe man zwei Grossbauprojekte in Neuallschwil, welche wieder viel Verkehrsbelastung und –behinderung bringen. Wenn man Allschwil attraktiv erhalten wolle, müsse man die Wohnquartiere für den Autoverkehr unattraktiv machen. Basel habe reagiert, über 75% aller Parkplätze seien in der blauen Zone und es gebe Anwohnerparkkarten. Binningen habe mit blauen Parkzonen, Parkkarten und Parkuhren reagiert. Mit diesem Postulat unterstütze man das Ziel: Die Anwohnerschaft der Basel-nahen Wohnquartiere erwartet Verkehrsentslastungen. Man schaffe damit die Möglichkeit, dass der Gemeinderat die nötigen Massnahmen prüfe und vorbereiten könne. Darum empfehle er eine Annahme des Postulats.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, referiert diesen Abend als Stellvertreter von Saskia Schärer. Allschwil habe ein Verkehrsproblem, insbesondere die Baslerstrasse, Binningerstrasse, Dorfkern und Grabenring. Es handle sich dabei um den Durchgangsverkehr, der sich dann Richtung Basel oder Leimental abwickle. Etwa 75% des Verkehrs sei Grenzgängerverkehr. Die Belastung des Grabenrings sei nur zu einem kleinen Teil auf die neu geschaffenen Arbeitsplätze zurückzuführen und mit Arbeitsverkehr zu begründen. Diese Personen gehen am Morgen arbeiten und gehen abends wieder nach Hause. Viele könnten den öffentlichen Verkehr nutzen oder in Allschwil wohnen. Damit müssten sie nicht mit dem Auto zur Arbeit fahren. Zu dem Problem in den Quartieren: Der Gemeinderat arbeite bereits an der Beruhigung der Quartiere. Der Gemeinderat sei erstaunt gewesen, da bereits zum Thema

Verkehr mehrere Vorstösse eingereicht wurden, obwohl der Gemeinderat sehr intensiv am Thema arbeite. Es gebe mehrere Postulate dazu. Postulat 1701 behandle die Einschränkung vom Berufs-, Pendel und Durchgangsverkehrs, Postulat 1705 die Thematik Parkraumbewirtschaftung und 3328 die Überprüfung des gesamten Gemeindestrassennetzes im Hinblick auf die Benutzungsöglichkeiten. Der Einwohnerrat habe für alle drei Vorstösse am 22.01.2003 Beschluss gefasst. Man habe die Konstituierung von einer Spezial-Kommission Verkehr beschlossen. Dabei ging es vor allem darum, die Frage der Parkraumbewirtschaftung und auch Fragen der Anwohner betreffend Parkkarten zu beantworten. Diese Spezialkommission hat einen Bericht vorgelegt. Die Aussagen damals seien gewesen, dass Anwohner-Parkkarten dieses Problem nicht lösen könnten, sondern es nur verlagern. Gleichzeitig habe man in trinationalen Gremien festgestellt, dass das Interesse am „park and ride“ sehr klein sei. Insbesondere wenn der Parkraum im Elsass Geld kostet und eine relativ grosse Distanz zum Öffentlichen Verkehr aufweise. Es gebe zurzeit einen „park and ride“ in St-Louis, welcher sich noch im Aufbau befindet. Dieser hat dann einen Tram-Anschluss in die Stadt. Wegen finanziellen Problemen ist ein anderes Projekt bereits in Misskredit geraten, er hoffe jedoch, dass eines realisiert werden könne. Ein weiterer Beschluss dieser Kommission war die Parkraumbewirtschaftung, der grundsätzlich zugestimmt wurde. Es gebe jedoch das Problem, dass in Allschwil nicht genügend Parkraum geschaffen werden könne. Er möchte nicht weiter auf diesen Bericht eingehen, da er dem Einwohnerrat am 19.10.2005 vorgelegt wurde. Der Einwohnerrat sei in allen Punkten dem Gemeinderat gefolgt, alle drei Postulate wurden sehr deutlich abgeschrieben. Zum Schluss möchte er die Ablehnung dieses Postulats beantragen, da das Vorurteil bestehe, der Gemeinderat würde sich dem Thema Verkehr nicht genug widmen. Er versichere jedoch, dies sei ein tägliches Thema. Er stelle fest, dass sich die Verkehrssituation in Allschwil im Vergleich zum Bericht nicht massgeblich verändert habe. Darum mache man heute nichts Falsches, wenn man das Postulat ablehnen würde, da man schon sehr viel gemacht habe und dies auch weiterhin tun werde.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, merkt an, als man das Postulat gelesen habe, habe man sofort an diesen Bericht gedacht. Bei eingehender Prüfung der Daten habe man festgestellt, dass beide Postulanten, zum Zeitpunkt als man den Bericht entgegengenommen habe, schon im Einwohnerrat gewesen wären. Er habe nur eine Frage: wo sind in diesem Postulat die neuen Ideen?

**Basil Kröpfli**, SVP-Fraktion, könne sich weitgehend Guido Beretta anschliessen, da alles bereits abgehandelt wurde. Das Postulat sei sinnvoll und man verstehe auch das Anliegen und nehme es ernst. Allerdings spreche man auch von finanziellen Mitteln, die mit Parkkarten generiert werden können und dann zur Quer-Subventionierung der Grünanlagen verwendet würden. Man sei nicht damit einverstanden, da der Autofahrer sowieso schon sehr viel Steuern und Abgaben zahlen müsste. Eine Lösung wäre, dass man Gratis- Anwohnerkarten einführen würde. Doch man sei ganz klar gegen die vorgeschlagene Lösung.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Basil Kröpfli habe es schon angedeutet. Der letzte Satz dieses Postulats sei sehr störend. Er habe auch ein Problem mit der Behauptung, dass „Tempo 30“ einen Einfluss auf den Parkplatzsuch-Verkehr haben solle. Er glaube nicht, dass es dadurch eine grosse Eindämmung geben werde. Basel-Stadt habe auch Tempo 30 in den Quartieren und darum habe man seiner Meinung nach dort auch so viele Unfälle mit den Elsässern, da diese dort immer Parkplätze suchen und dann den Verkehr ausser Acht lassen. Die Wegmatten wäre ein guter Standort für einen grossen Parkplatz, da man eine Direktanbindung hätte. Eine Parkkarte, wie in Basel, koste unzumutbar viel, ausserdem sei es schwierig bei Besuchern. Wenn er seine Schwester besuchen würde, könne er nicht lange da bleiben. Er hoffe jedes Mal, dass er keine Busse bekommen habe. Er verstehe, dass es ein Problem sein könne, wenn man in einer Strasse mit wenigen Parkplätzen wohne. Am Burgfelderweg, wo gebaut werde, müsse man annehmen, dass etwa 5-6 Parkplätze verschwinden. Das werde bald Engpässe geben, aber die Vorschriften besagen, dass beim Neubau eines Hauses, 1 ½ Parkplätze zu schaffen seien. Das Grenzgängerproblem könne man umdrehen, da diese hier arbeiten würden und die Firmen, gegen Gebühr, somit für ausreichend Parkplätze verantwortlich seien. Ein Beispiel: wenn man einen Dachstock ausbauen wolle, müsse man der Gemeinde eine

Parkplatzfinanzierung leisten, obwohl man nachher keinen zusätzlichen Parkplatz habe. Wenn das für Allschwiler möglich sei, dann auch für andere.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, sei erstaunt über dieses Postulat, da man vor etwa einem Jahr schon darüber diskutiert und man eine Kommission eingesetzt habe, wie Dr. Anton Lauber schon berichtet habe. Als man diese Spezialkommission gründete, habe man nächtelang diskutiert und Unmengen Papier produziert. Er verstehe nicht, wieso dieses Postulat eingereicht wurde. Am Ende käme man auf dasselbe Resultat. Im Bericht werde die Einführung der Anwohner-Parkkarten eingehend behandelt. Seitdem sei erst ein Jahr vergangen. Er hoffe man könne dieses Thema nun abschliessen und man werde dieses Postulat nicht unterstützen.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion, geht auf den letzten Satz des Postulats ein. Diese Möglichkeit das Geld so zu verwenden, sei nicht zwingend. Sie sei damals sehr kritisch über den Ausgang der Diskussion über den Bericht gewesen und habe danach sehr viel nachdenken müssen. Sie wohne im Blumenweg und sie müsse fast um ihren Parkplatz kämpfen, weil dort so viele „gelbe Nummern“ stehen würden. Für die Elsässer scheinen dies Gratis-Parkplätze zu sein. Sie fände es effektiv, wenn man das anders lösen würde, z.B. durch eine Durchgangsgebühr. Die Elsässer verursachen Stau, parken das Auto entlang der Tramlinien in Nähe der Haltestellen und verstopfen somit die Strassen. Man könne jedoch, z.B. bei der Carmenstrasse eine Besucherkarte von den Anwohnern nehmen und als Gast ohne Probleme da parken.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, findet das Postulat keine Lösung. Diese Anwohner-Parkkarte sei noch lange keine Parkgarantie. Er habe Arbeitskollegen, die in Basel wohnen und auch Pikett-Dienst haben. Diese können nicht immer den öffentlichen Verkehr nutzen. Einer davon möchte gerne einen Einstellplatz, doch sei nichts frei. Doch wenn dieser dann heimkomme, fände er keinen Parkplatz und zahle somit Gebühren für nichts. Der Gemeinderat solle, anstatt immer nur die Wirtschaftsförderung zu propagieren, dafür sorgen, dass die Arbeitgeber, die Franzosen und Deutsche einstellen, darum besorgt seien, dass ihren Mitarbeitern genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Ansonsten solle man mehr einheimische Leute einstellen, die mit dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit kommen können. Die Lösung des Postulats habe sich schon in Basel nicht bewährt. Er wolle den Gemeinderat warnen, man solle nicht auch noch Tempo 30 einführen und nicht alles der Stadt nachmachen. Diese Lösung bringe nichts, auch wenn sie gut gemeint sei. Man könne dieses Postulat somit nicht unterstützen.

**Christoph Morat**, Präsident, weist Bruno Steiger an seine Wortwahl anzupassen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, merkt an, jeder kenne das Problem, so sagt der Gemeinderat. Es seien Personen über dieses Postulat erstaunt und man habe ein riesiges Papier entworfen. Doch getan hat sich seitdem für die Anwohner- und Anwohnerinnen nichts. Auch wurde gesagt, die Firmen sollen gezwungen werden Parkplätze bereit zu stellen. Auch gebe es kaum Strassen mit vielen Parkplätzen, dies sei so richtig. Auch wurde über die Quer-Subventionierung gesprochen, doch die Gesellschaft lebe von Quer-Subventionierungen, somit könne dies kein Argument sein. Etwas zu Claude Rothen, man habe in den nächsten zwei Jahren ein „Bordell“ in Allschwil, die Parkplatzmisere werde kommen. Bei den neuen Bauten kämen neue Mitarbeiter, Anwohner und es kämen Besucher. Damit gäbe es einen Clinch, man wird sich fragen, wo man die Fahrzeuge hinstellen werde. Eine Gemeinde könne das nicht vor sich herschieben. Man habe nicht genug Parkplätze.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, merkt an. Es scheine so, als ob man nichts tun würde. Man habe schon einiges verpasst, man habe Parkhäuser geplant, die 1986 vom Einwohnerrat gestrichen wurden. Mit dem Argument man wolle nicht noch mehr Verkehr ins Dorf bringen. Es seien z.B. auf der „Muni-Wiese“ Parkplätze geplant gewesen, welche abgelehnt wurden. Heute sei Allschwil weitgehend gebaut und es sei schwierig neue Parkplätze zu schaffen. Wenn man meint, es würden keine neuen Parkplätze geschaffen, dann müsse er widersprechen, denn jeder, der ein Gebäude baut, muss einen Parkplatznachweis erbringen. Die Unternehmer im linksufrigen Bachgrabengebiet haben ein Parkhaus gebaut und ausgemietet. Im linksufrigen

Bachgrabengebiet bestände keine Parkplatzmisere. Der grösste Teil sei Durchgangsverkehr. Der Strassenplan von 1926 habe gezeigt, was in Allschwil alles möglich gewesen wäre. Bei der Migros-Tankstelle sei noch eine Strasse hin zur Oberwilerstrasse geplant gewesen und hätte den Dorfkern somit entlastet. Am Grabenring seien drei, vier Erschliessungsstrassen geplant gewesen. Manchmal drehe man sich im Kreis, denn sobald man etwas realisieren möchte, gebe es Protest. Das mache die Sache teilweise etwas schwierig, man sei aber daran, Verbesserungen zu schaffen. Der Gemeinderat sei vom Bericht ausgegangen, wie er hier mit grossem Mehr vom Einwohnerrat verabschiedet wurde. Dieser Bericht sei als Basis für die weiteren Tätigkeiten des Gemeinderates genommen worden.

**://: Das Postulat wird mit 19:14 Stimmen abgelehnt.**

242 12. Tiefbau  
243 12.100 Strassen; Planung und Bau

**3. Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 14.12.2006  
betr. „Fehlender Fussgängerstreifen beim Kreisel Binningerstrasse“  
Geschäft 3695**

---

**Christoph Morat**, Präsident, informiert. Da Ursula Pozivil heute Abend nicht anwesend sei, werde sie von Hanspeter Frey vertreten.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, möchte anfragen, ob der Gemeinderat dieses Postulat entgegennehmen wolle.

**Robert Vogt**, Departementvorsteher Tiefbau/Umwelt, würde es sehr freuen, wenn man das Postulat überweisen würde. Es zeige sich, dass im Ziegelei-Areal eine Entwicklung stattfinde. Dieser Fussgängerstreifen käme sehr gelegen. Man solle das abklären.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, beantragt das Postulat nicht zu überweisen.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, begründet kurz. Es seien verschiedene bauliche Massnahmen in der Fabrikstrasse vorgesehen. Es gebe eine Unsicherheit bezüglich einer Antwort der Polizei- und Justizdirektion. Aber die Antwort war, wenn sich der Bedarf ergebe, solle man einen Fussgängerstreifen machen. Die Mittelinsel, welche gebaut werden müsse, diene der Überquerung der Strasse. Er sehe nicht ein, wieso der Gemeinderat nicht beim Kanton vorstellig werde, da noch bauliche Vorhaben in diesem Areal geplant seien. Man fahre vielleicht mit dem Bus dahin und überquere dann die Strasse. Es sei nicht zumutbar, dreiviertel um den Kreisel zu gehen, um die Strasse zu überqueren. Der Gemeinderat solle gegenüber dem Kanton aufzeigen, dass der Bedarf da sei. Er bitte den Einwohnerrat das Postulat zu überweisen, dann könne der Gemeinderat auch Auskunft geben. Ausserdem erfahre man auch die Haltung und Stellungnahme des Kantons. Es sei schwer erklärbar, wieso man eine Mittelinsel mache und vor der Bushaltestelle keinen Fussgängerstreifen anbringe.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt Josua Studer nach dem Gegenantrag.

**Josua Studer**, SVP- Fraktion, antwortet: der Gegenantrag laute: nicht Überweisung.

**Christoph Morat**, Präsident, merkt dazu an. Nicht Überweisung sei kein Gegenantrag. Man komme nun zur Abstimmung, es sei denn Josua Studer möchte sich noch äussern.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, begründet wie folgt: Es sei aus rechtlichen Gründen unnötig an diesem Ort einen Fussgängerstreifen anzubringen. Das sei die Begründung für die Idee, „nicht Überweisung“.

**://:Das Postulat wird mit 25:6 Stimmen überwiesen**

**Christoph Morat**, Präsident, gibt bekannt, dass ein Ordnungsantrag gestellt wurde.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, merkt an, es habe geheissen, wenn der Gemeinderat bereit wäre zu übernehmen, könne man nicht diskutieren. Darum habe er einen Gegenantrag gestellt, damit man diskutieren könne. Er komme nicht zu Erklärungen. Man habe ihn innerhalb eines Vierteljahres bereits zweimal hintergangen.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt Josua Studer nach dem Rückkommensantrag bzw. dem Ordnungsantrag.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, begründet wie folgt: der Ordnungsantrag sei, dass er sich gemeldet habe und zur Sache habe etwas sagen wollen. Darum möchte er dazu zurückkommen und das Geschäft diskutieren. Deshalb habe er einen Gegenantrag gestellt, danach müsse es eine Diskussion gebe und eine Direkt-Abstimmung.

**Christoph Morat**, Präsident, weist Josua Studer darauf hin, dass er die Möglichkeit hatte, etwas zu sagen. Er habe gesagt, aus rechtlichen Gründen könne man das Postulat nicht annehmen.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, widerspricht: dies sei der Grund für den Gegenantrag gewesen, was nicht heisse, dass seine Idee ausgeführt wurde.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt nach, ob es sich um einen Rückkommensantrag handle.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, bejaht dies.

**://: Dem Rückkommensantrag wird mit 16:11 Stimmen nicht stattgegeben, da es nach § 74 das absolute Mehr dazu benötigt.**

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, glaubt, es handelt sich um ein Missverständnis. Josua Studer habe etwas von rechtlichen Gründen gesagt und Christoph Morat sei davon ausgegangen, dies sei die Begründung. Dies sei jedoch nicht der Fall. Man solle doch Josua Studer noch kurz eine Erklärung abgeben lassen.

**Christoph Morat**, Präsident, fragt Josua Studer, ob er sich zu diesem Postulat noch mal äussern möchte.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, möchte sich dazu äussern. Er habe nur seinen Gegenantrag begründen müssen. Er habe ein Problem mit dem letzten Satz, es sei für ihn nicht klar, was mit einem rechtlichen Nachspiel gemeint sei. Erstens sei im Strassenverkehrsgesetz genau geregelt. Ist ein Fussgängerstreifen in der Nähe, solle man ihn auch benutzen. Wenn keiner vorhanden ist, darf man die Strasse mit nötiger Vorsicht überqueren. Seit das Neubad umgebaut worden ist, sei der ganze Boden gelb. Es gebe ein ganz blödes Gesetz, dass der Fussgänger auf dem Fussgängerstreifen Vortritt habe. Er denke, die Fussgänger seien genauso schlimm wie die Velofahrer, da sie sich nicht an das Gesetz halten. Grundidee von einem Kreiselpfad mit Fussgängerstreifen sei, man habe die Möglichkeit einen Weg zu gehen. Kommt man mit dem Bus aus Richtung Paradies beim Kreiselpfad Binningerstrasse an, kann man vor dort zur Migros-Tankstelle und dann zum Jumbo. Somit hat man die ganz normale Überquerung. Kommt man aus Richtung Dorf, geht man Richtung Industriebereich und hat die Möglichkeit ganz normal die Strasse zu überqueren. Er sehe nicht ein, dass es überall

---

Fussgängerstreifen brauche und der Automobilist immer anhalten müsse. Zwischen Liestal und Bubendorf habe man die Strasse neu gemacht, ausserdem habe es ein Eisenbahngleis. Dort habe man den Fussgängerstreifen entfernt, obwohl dort ein Schulweg sei. Der Kanton sei nicht bereit, dort einen Fussgängerstreifen anzubringen, obwohl die ganze Anwohnerschaft mit Tafeln dafür Werbung mache. Und dann solle man in Allschwil auf der Binneringerstrasse den Kanton dazu bringen, dass man einen Fussgängerstreifen anbringt? Seine Idee mit der Bushaltestelle sei nicht machbar, aber wenn es von jemand anderem komme, sei es machbar.

**Christoph Morat**, Präsident, entschuldigt sich für das Missverständnis.

PAUSE

244 13 Umwelt  
245 13.230 Ökologie

**Dringliche Motion von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend  
Hochwasserschutzmassnahmen am Bachgraben  
Geschäft 3708**

---

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich bei den Anwesenden, dass dem Antrag auf dringliche Behandlung statt gegeben wurde. Die geplanten Rodungs-Massnahmen von alten und toten Baumstämmen würden im März stattfinden. Im AWB werde auf den massiven Eingriff im Namen des Hochwasserschutzes am Bachgraben hingewiesen. Beim Durchlesen des Artikels merke man, dass der Gemeinderat geschickt mit der Angst spielt, um aufkeimende Kritik im Keim zu ersticken. So spricht man von der Sicherheit der Anwohnerschaft, ihm sei nicht bekannt, dass während Hochwasser in Allschwil Menschen gefährdet wurden. Der Bachgraben sei ein künstliches Gebilde. Daher sei er eher aufwertungsbedürftig. Er habe aber etwas Wertvolles: das sei der alte und zum Teil tote Baumbestand. Dieser sei sehr wertvoll für einzelne Tierarten. Dieser tote Baumbestand solle jetzt auf eine Länge von 1,5 km verschwinden. Es sei aber tatsächlich so, dass nahezu sämtliche interessanten Bäume verschwinden sollen. Dies lasse sich aber nicht mit dem im Einwohnerrat am 18.01.2006 definierten Ziel des räumlichen Konzepts vereinbaren. Darin stehe nämlich, dass die Erhaltung und der Schutz einer reichhaltigen Uferbepflanzung sämtlicher öffentlicher Fliessgewässer erreicht werden soll. Auch die ökologische Gestaltung mit Grün- und Freiräumen sei im räumlichen Konzept ein Thema. Sollte jetzt die Rodung durchgeführt werden, so werde damit der Einwohnerratsentscheid missachtet. Der Bachgraben mit seinen Alt- und Totholzbeständen geniesse wegen seiner besonderen Bedeutung kantonalen Schutz. Wenn man die Baumbestände nun zerstöre, sei der Weg für weitere Zerstörungen am Bachgraben offen. Sogar das Allschwiler Stimmvolk habe sich anlässlich der Abstimmungen zur Parkallee bereits gegen eine Zerstörung des Bachgrabens ausgesprochen. Ein weiterer Grund sei das Vorkommen sehr seltener Käferarten. Man habe 1970 das letzte Mal den Juchtenkäfer am Bachgraben nachweisen können. Ein weiterer Versuch ihn nachzuweisen sei im Jahr 2006 leider fehlgeschlagen. Das Biotop sei aber immer noch vorhanden. Den Juchtenkäfer gebe es in der Schweiz nur noch einmal, in Solothurn. Er gilt als vom Aussterben bedroht. Allschwil habe hier die Aufgabe, den Lebensraum des Juchtenkäfers nicht zu zerstören. Ausserdem gebe es noch den Bockkäfer „rhamnusium bicolor“, dieser sei genauso selten. Ihn gebe es aber noch am Bachgraben. Der Bachgraben gelte als Mekka der Insektenforscher. Ein weiteres Argument sei auch, dass man mit diesem Eingriff den Pflegemassnahmen des Revierförsters Markus Lack zuwiderläuft. Man bringe damit den Pflegeplan durcheinander. Die Sicherheit der Fussgänger sei nicht durch die Alt- und Totholzbestände gefährdet. Ausserdem sei nicht zu verstehen, warum man trotz des teuren Hochwasserschutzdammes am Bachgraben solche Eingriffe vornehmen will. Die Menge des abfliessenden Wassers könne man über den Hochwasserschutzdamm regulieren. Im Bericht des Gemeinderates zum Hochwasserschutz stehe kein Wort zum Bachgraben. Lediglich in einem Beiblatt zu diesem Thema sei erwähnt,

dass der Bachgraben durchforstet werden müsse. Diese geplante Aktion sei aber deutlich mehr als nur ein blosses Durchforsten. Er bittet den Einwohnerrat, seiner Motion zuzustimmen.

Gemeinderat **Robert Vogt**, Tiefbau/Umwelt, nimmt Stellung. Eigentlich hätten Lucius Cueni und der Gemeinderat nicht allzu verschiedene Ziele. Es gehe um den jährlichen Eingriff am Bachgraben. Es gebe drei Abschnitte am Bachgraben. Im mittleren gehe es nun darum, das Bruchholz zu entfernen und den Baumbestand zu verjüngen. Damit trage man auch zur Artenvielfalt der Pflanzen bei, indem man nun seltene Baumarten nachpflanzen könne. Es sei nicht nur wegen des Hochwasserschutzes notwendig. Man habe auch schon in den vergangenen Jahren solche Massnahmen durchgeführt, immer gemeinsam mit dem Revierförster Markus Lack. Auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit seien die Massnahmen gerechtfertigt. Man müsse von Zeit zu Zeit einen Teil des Alt- und Totholzes entfernen, um jüngeren Bäumen Platz zu machen. So sei gewährleistet, dass immer aus allen Altersschichten Bäume vertreten seien. Aus dem eigentlichen Bachlauf müssten auch Wurzelstrünke und Äste entfernt werden, um den Wasserabfluss nicht zu gefährden. Die Sportanlage im Brüel sei gerade erst fertig gestellt. Bei einem Hochwasser solle der Sportplatz nicht überflutet werden. Der Gemeinderat sei am Naturschutz interessiert und wolle den Juchtenkäfer nicht aussterben lassen. Der Juchtenkäfer habe die Möglichkeit innerhalb des Bachgrabens zu zügel. Man nehme nur in einem Teil des Bachlaufs die alten Bäume weg. Man habe auch in den vergangenen Jahren immer wieder mal zwischen 50 und 60 Bäume entfernt. Primär reguliere man den Baumbestand unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und Ausgewogenheit. Man Sorge für die Sicherheit und beachte auch die Artenvielfalt. Ausserdem sei die ganze Massnahme im Jahr 2004 öffentlich aufgelegt worden und in Rechtskraft erwachsen. Auch bestehe hier eine zeitliche Dringlichkeit. Das nächste Hochwasser werde schon ziemlich bald kommen. Er bittet den Einwohnerrat, die Motion abzulehnen, damit die Arbeiten im März durchgeführt werden könnten.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, sei klar, dass es wieder mal ein Hochwasser gebe. Man wohne in Allschwil immerhin auf zwei Schwemmkegeln. Es gehe hier nicht um die jährlichen Pflegemassnahmen von Markus Lack, diese seien unbestritten. Der jetzt geplante Eingriff sprengt aber die üblichen Pflegemassnahmen. Auf 1.5 km würden sämtliche alten und wertvollen Bäume verschwinden. Dies habe nichts mit normalen Pflegemassnahmen zu tun. Er verlange eine andere als die geplante radikale Massnahme. Es gebe sicher andere Möglichkeiten um das Wasser auf die 3.5 m<sup>3</sup>/sec. zu drosseln. Die toten und alten Bäume seien sehr wichtig und das einzig Interessante am Bachgraben.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion, fragt sich, warum man einen grossen Staudamm baue und dennoch am Bachgraben Angst vor Hochwasser habe. Er finde es auch schade, wenn der Kanton nun in die Arbeit vom Revierförster Markus Lack eingreift. Er habe die Sache immer im Griff und kenne jeden Baum. Er möchte die Motion überweisen.

Gemeinderat **Robert Vogt** betont nochmals, dass es um eine Durchforstung gehe, nicht um einen Kahlschlag. Es gehe um 75 Bäume. Im Vergleich dazu habe man in den vergangenen 2 Jahren und in anderen Abschnitten 100 bis 120 Bäume entfernt. Man sei also im Jahresdurchschnitt. Es könne keine Rede von Abholzung oder Kahlschlag sein. Auch mit dem Damm benötige man eine Durchflussmenge von 4.5 m<sup>3</sup>/sec. Da der Damm nun ziemlich weit hinten im Tal gebaut werde, sammle sich im vorderen Teil des Tales auch wieder Wasser an. Daher sei man auf die Durchflussmenge unbedingt angewiesen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, betont, dass der Bachgraben bei der Bevölkerung als Promenade sehr geschätzt sei. Primär habe man als Schutz vor dem Hochwasser den Damm. Dass man den Bachgraben verändern müsse, davon sei nie die Rede gewesen. In der Tat habe es seltene Pflanzen und Tierarten am Bachgraben.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, betont, dass die Massnahmen auch vom Revierförster Markus Lack befürwortet werden. Er habe die vorgeschlagenen Massnahmen sogar schriftlich festgehalten. Dr. Anton Lauber verweist auf ein Schreiben von Markus Lack. Hierin wird

festgehalten, dass die Durchforstung notwendig sei. Sie nutze der Artenvielfalt, dem Hochwasserschutz und der Sicherheit der Fussgänger. Der Hochwasserdamm hätte höher gebaut werden müssen, wenn man die Abflussmenge von 4.5m<sup>3</sup>/sec. am Bachgraben nicht hätte garantieren können.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, erinnert nochmals an den vom Aussterben bedrohten Käfer, an das räumliche Konzept welches auch den Naturschutz am Bachgraben beinhaltet, an die Abstimmung zur Parkallee und gegen die Zerstörung des Bachgrabens. Es gehe hier nicht darum, die jährlichen Pflegemassnahmen zu verhindern. Es gebe nach seiner Ansicht lediglich einen Baum, welcher aus Sicherheitsgründen entfernt werden müsse.

://:

Die Motion von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, wird mit **14:11** Stimmen **nicht überwiesen**.

246      12.510      Gewässer; Baulicher Unterhalt

**Dringliche Interpellation von Felix Keller, CVP-Fraktion, betreffend Retentionsbecken „Lützelbach“**

---

**Robert Vogt**, Gemeinderat Tiefbau/Umwelt, erläutert, dass zum Hochwasserschutzprogramm auch Massnahmen beim Lützelbach gehören. Er beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

1. Der Gemeinderat hat Kenntnis von den Projektänderungen des Kantons.
2. Der Gemeinderat hält die Idee des Kantons, das Hochwasser kontrolliert durch den Dorfkern von Allschwil abfliessen zu lassen, für gar nicht gut. Der Gemeinderat will das Hochwasser in den Bach ableiten lassen.
3. Die Projektänderung hat keinen Einfluss auf die Kostentragung der Gemeinde. Es sei ein Fixum von 2 Mio. CHF als Anwenderbeitrag vereinbart. Davon seien erst 1.8 Mio CHF gezahlt worden. 200'000.-- CHF habe man für den Hochwasserschutz am Lützelbach zurückbehalten. Diesen Betrag werde man erst zahlen, wenn der Hochwasserschutz realisiert sei.
4. Ein Mitspracherecht bei Projektänderungen habe die Gemeinde grundsätzlich nicht. Der Kanton informiert aber immer umfassend. Mehrkosten werden durch den Gemeinderat nicht akzeptiert. Änderungen am Projekt würden durch den Gemeinderat aber nicht gutgeheissen.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, bedankt sich für die Antworten. Er sei von der Medienmitteilung schon erschrocken. Man habe der Bevölkerung einen umfassenden Hochwasserschutz versprochen. Nun solle alles redimensioniert werden, weil man die Kosten nicht im Griff habe. Dafür habe er kein Verständnis.

247      01.030      Einwohnerrat

**FRAGESTUNDE**

---

Schriftlich eingereichte Frage von **Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, zu den Informationstafeln im Allschwiler Wald

Gemeinderat **Robert Vogt**, Tiefbau/Umwelt, beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Was sind die Gründe für den Unterbruch der Informationen?

Die letzte Publikation sei im Januar 2006 erfolgt. Man habe vorgesehen, ein neues Plakat zum Thema Umweltschutz zu entwerfen. Aus Kapazitätsgründen habe man dies aber im 2006 nicht weiter verfolgt. Nun würde eine Informationstafel zum Thema „Wildruheschutzzone“ ausgearbeitet und aufgestellt.

2. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, dass die Informationen wieder in regelmässigen Abständen aktualisiert werden (2-3 mal jährlich).

Nicht 2 - 3 mal pro Jahr wolle man künftig informieren, da dies einen erheblichen Aufwand darstelle. Man wolle künftig einmal pro Jahr informieren. Zur Abwechslung werde man immer wieder auch Tafeln älteren Datums neu auflegen. So könne ein Wechsel stattfinden. Der Gemeinderat geht davon aus, dass eine neue Tafel pro Jahr in Kombination mit bestehenden genüge.

**Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, bemerkt dazu, dass die 4 oder 5 Tafeln im Allschwiler Wald auszuwechseln nicht einen zu grossen Aufwand darstellen dürften. Wenn Ressourcen dazu fehlen, solle der Gemeinderat einen entsprechenden Betrag ins Budget aufnehmen. Die Tafeln seien für Spaziergänger und Schulklassen interessant.

**Robert Vogt**, Gemeinderat, empfiehlt, um das Budget zu entlasten, statt dessen einen Besuch der Internetseite [www.forst-revier.ch](http://www.forst-revier.ch). Dort fänden sich wertvolle Informationen in Hülle und Fülle. Der Aufwand mit den Tafeln sei sehr aufwändig.

---

Frage von **Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, zum Verkehrsregime Bohrerhofquartier.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, beantwortet in Vertretung von Saskia Schärer, Gemeinderätin Einwohnerdienste & Sicherheit. 1995 sei der „Rockgarden Zic-Zac“ in Betrieb genommen worden. Dies habe einen grossen Suchverkehr generiert. Es habe verstellte und verschmutzte Zufahrten gegeben. Am Ende habe man ein ganztägiges Fahrverbot mit Zubringerdienst und Parkkarten geschaffen. Es habe sich damals um 660 Bohrerhofanwohner-Parkkarten und um 330 Besucher-Parkkarten gehandelt. Im 2001 sei der administrative Aufwand überprüft worden, insbesondere im Zusammenhang mit den Vignetten. Man habe in der Folge die Kennzeichen der Fahrzeuge notiert, damit auch nur diese die Karte benutzen, um den Missbrauch einzuschränken. Der Rockgarten sei nicht mehr der grosse Anziehungspunkt, womit sich die Situation allgemein etwas verbessert und beruhigt habe. Dies auch Dank der Kontrollen und ausgesprochenen Bussen im Quartier. Aber man habe 3 von 5 Bussen wieder zurücknehmen müssen, da die Anwohner meist nur vergessen hatten die Parkkarte im Auto zu deponieren. Der Aufwand sei überdurchschnittlich hoch gewesen. Man führe immer noch ein bis zwei Kontrollen pro Monat anhand von Listen durch. Das Parkkartensystem habe man eingestellt.

Zu Frage 1:

Die Kontrollen finden nach wie vor 1 bis 2 mal / Monat statt. Es habe seit 01. Januar 2006 keine Reklamationen der Bevölkerung mehr gegeben. Verstösse gegen das Fahrverbot habe man im Jahr 2004 61, im Jahr 2005 42 und im Jahr 2006 29 Bussen ausgesprochen. Annulationen von rund 1/3 gebe es aber immer noch. Der Trend gehe aber nach unten. Gespräche mit Anwohnerinnen und Anwohner würden immer wieder geführt.

Frage 2:

Durch die Bauarbeiten im Elcoareal werde es zu Belastungen im Bohrerhofquartier kommen. Dies sei zu erwarten. Handwerker werden versuchen dort zu parkieren. Meist wenden sich die Unternehmer aber an die Gemeinde. Man werde gemeinsam mit den Unternehmern eine Lösung suchen um unnötigen Zusatzverkehr zu vermeiden.

**Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich. Er fragt aber, warum man nur nachts kontrolliere. Tagsüber bestehe das Fahrverbot auch, deshalb solle man auch 1 - 2mal /Monat am Tage kontrollieren.

---

Frage von **Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion, betreffend „Baulicher Unterhalt SH Bettenacker“

Der Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**, beantwortet die Fragen wie folgt:

Da die Fragen von Giulio Vögelin in engem Zusammenhang mit der Budgetsituation 2006 stehen, werden zunächst einige Ausführungen dazu gemacht. Man habe vor der Budgeterstellung einen Rundgang zusammen mit der Schulleitung, dem Hauswart und Mitarbeitern der Hauptabteilung Hochbau gemacht. Es wurde ein Budgetbetrag von CHF 17'000.-- ausgearbeitet. Der Einwohnerrat habe das entsprechende Budgetpostulat von CHF 17'000.-- überwiesen nachdem der Gemeinderat bereit gewesen sei, dieses entgegenzunehmen. Man habe immer betont, dass die Betriebssicherheit gewährleistet werden müsse. Auch das Problem des Lichts und der Lavabos habe man prüfen wollen. Es sei auch gegenüber dem Einwohnerrat kommuniziert worden, dass die Installation von Warmwasser in allen Schulzimmern nicht möglich sei. Dafür sei ein viel höherer Betrag notwendig. Man habe auch kommuniziert, dass in absehbarer Zeit eine Gesamtanierung des Schulhauses anstehe. Dann könne man die Problematik mit dem Wasser lösen.

Konkret habe man bis jetzt die Situation mit dem Rost im Wasser und dem Lavabo geprüft. Die Sanierung habe CHF 15'951.90 gekostet. Im Weiteren habe man im Jahr 2006 zusätzliche Kosten aufgenommen: CHF 35'000.-- für eine Tanksanierung und CHF 9'500.-- für die IT-Verkabelung auf Wunsch der Lehrerschaft. Insgesamt habe man im Jahr 2006 ca. 79'000 CHF in das Schulhaus investiert. Offen sei die Situation mit dem Licht. Man habe die Budgetposition nicht überziehen wollen. Für das Jahr 2007 sei aber ein Betrag von CHF 13'500.-- vorgesehen. Darin sei die Lichtsanierung enthalten. Die Ausschreibung sei schon erfolgt, die Vergabe erfolge in den nächsten Tagen. Die Bewegungsmelder würden während der Fasnachtstage installiert. Bezüglich Warmwasser in den Schulzimmern sei anzufügen, dass auch andere Schulhäuser kein Warmwasser in den Klassenzimmern hätten.

Zu Frage 4 müsse man unterscheiden zwischen der Sekundarschule und der Primarschule Bettenacker.

Im Sekundarschulhaus habe man in der Tat zurzeit keine Seife in den WC-Anlagen. Dies als Massnahme nach vorgekommenem Unfug. In den Klassenzimmern habe es aber Seife. Die Hygiene sei damit gewährleistet.

Im Primarschulhaus bestehe eine andere Situation. Seit 15 Jahren gebe es keine Seifenspender mehr. Diese seien damals auf Wunsch der Lehrerschaft entfernt worden. Der damalige Schulhausvorsteher, Jean-Jacques Winter, habe den Wunsch überbracht. Dies sei bis heute nie moniert worden. In den Klassenzimmern sollte es aber Seife haben. Sofern der Wunsch bestehe, wieder Seifenspender in den Toiletten zu montieren, solle man das kund tun und man werde dem nachkommen.

**Giulio Vögelin**, SP/EVP-Fraktion bedankt sich für die Antworten. Der Gemeinderat selber habe an der Budgetsitzung den Aspekt der Sicherheit in den Vordergrund gestellt. Nun habe man aber zuerst viel Geld im 2006 in die Wasserproblematik investiert. Die Lichtenanlage werde erst in diesem Jahr angegangen. Er danke dem Gemeinderat aber in jedem Fall dafür, dass dies in den Fasnachtsferien gemacht werden soll.

Gemeinderat **Roman Meury** bestätigt, dass dem Gemeinderat die Sicherheit sehr wichtig sei. Aber auch braunes Wasser in der Leitung habe man unter dem Aspekt der Sicherheit überprüfen müssen. Dies habe man nun in Ordnung gebracht. Alles andere hätte das Budget gesprengt.

---

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, fragt den Gemeinderat an, was im Grün- und Freiraumkonzept bezüglich des Bachgrabens stehe. Dieses Konzept sei ja nicht einsichtig.

**Robert Vogt**, Gemeinderat Tiefbau/Umwelt, erklärt sich bereit, dies genau abzuklären und Lucius Cueni darüber zu berichten.

---

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion, fragt an, wie der Zeitplan betreffend der Wertstoffsammelstelle am Lindenplatz aussehe.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, beantwortet die Frage. Der Gemeinderat habe bisher grosse Anstrengungen unternommen, eine solche Wertstoffsammelstelle zu installieren. Es habe immer Einsprachen gegeben oder aus technischen Gründen sei fast jeder evaluierte Standort nicht realisierbar gewesen. Zurzeit sei man wieder damit konfrontiert worden, da eine private Person einen Vorschlag gemacht habe. Aber darüber könne man im Moment noch nichts Genaues sagen.

---

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion, hat noch einen Nachtrag zur Frage von Giulio Vögelin. Der Gemeinderat könne doch in eigener Kompetenz Geld sprechen. Wenn das Budget erschöpft sei, könne man doch nicht einfach „abklemmen“. Bei der Kunsthistorikerin im Heimatmuseum habe der Gemeinderat auch in eigener Kompetenz Gelder gesprochen. Wieso war dies im Zusammenhang mit dem Schulhaus Bettenacker nicht möglich?

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erwidert, dass der Gemeinderat der Ansicht gewesen sei, dies habe noch ein halbes Jahr Zeit.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, fragt, warum alle Investitionen im Sekundarschulhaus Bettenacker gemacht worden seien, wenn das Budgetpostulat doch Massnahmen im Primarschulhaus verlangt habe?

**Roman Meury**, Gemeinderat Hochbau/Raumplanung, erwidert, dass das Schulhaus als Gesamtkomplex anzusehen sei. Man habe insgesamt fast CHF 80'000.-- in das Schulhaus investiert.

---

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, beantragt, dass das Geschäft 3695 noch beendet werde. Er möchte die Bestätigung, dass das Geschäft mit 25:6 Stimmen überwiesen worden sei ansonsten fehle noch die Schlussabstimmung.

---

**Christoph Morat**, Ratspräsident, erläutert, dass der Rückkommensantrag mit 16:10 Stimmen kein 2/3-Mehr erreicht habe. Daher sei dies eigentlich erledigt. Es sei ein Missverständnis gewesen. Er habe mit Josua Studer in der Pause die Situation geklärt. Man sei übereingekommen, dass das Geschäft so überwiesen worden sei. Der Gemeinderat habe das Geschäft auch so entgegengenommen.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, ist mit der erteilten Antwort zufrieden.

---

**Christoph Morat** bedankt sich für die engagierten Voten und beendet die Sitzung um 21.00 Uhr.